



## Protokoll der 1. Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie in Frankfurt am Main im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!*



### Kontakt:

Partnerschaft für Demokratie Frankfurt  
Fach- und Koordinierungsstelle  
Miriam Modalal  
Bildungsstätte Anne Frank  
Tel.: 069 56 000 241  
[mmodalal@bs-anne-frank.de](mailto:mmodalal@bs-anne-frank.de)  
[www.bs-anne-frank.de](http://www.bs-anne-frank.de)

Eine motivierende Atmosphäre begleitete uns am 20. November 2015 auf dem IG Farben-Campus in Frankfurt am Main, wo auf Initiative der Bildungsstätte Anne Frank und des Amts für multikulturelle Angelegenheiten die erste Frankfurter Demokratiekonferenz stattfand.

Die Auftaktveranstaltung der im Jahr 2015 gegründeten Partnerschaft für Demokratie in Frankfurt am Main führte die Anwesenden in das Bundesprogramm *Demokratie leben!* und dessen lokalen Ableger mit der Partnerschaft in Frankfurt am Main ein.

Dreißig Repräsentant\*innen aus verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereichen der Stadt trugen dazu bei, ein bedeutendes Netzwerk für die Partnerschaft für Demokratie Frankfurt aufzubauen. Mit reger Beteiligung und inspirierenden Gruppenarbeiten konnten die Teilnehmer\*innen Ziele für die Förderungsrichtungen der Partnerschaft erarbeiten.

### ***Programm***

**13:00** Eröffnung und Begrüßung durch Frau Christamaria Weber vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten & Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

**13:30** Vorstellung des Bundesprogramms „*Demokratie leben!*“ durch Christian Salman, Programmberater von *Demokratie leben!*

**14:00** Darstellung der Fördermöglichkeiten im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) durch Miriam Modalal, Fach- und Koordinierungsstelle/Bildungsstätte Anne Frank

**14:20** Vorstellung der Thementische zu den Fragen:

- Was ist der Mehrwert einer Pfd für Frankfurt?
- Entwicklung strategischer Ziele

**14:30** Drei Thementische für Austausch und Diskussion

**15:30** Pause

**16:00 bis 17:00** Vorstellung der Ergebnisse der Thementische, Formulierung von Zielen, Ausblick und Verabredungen

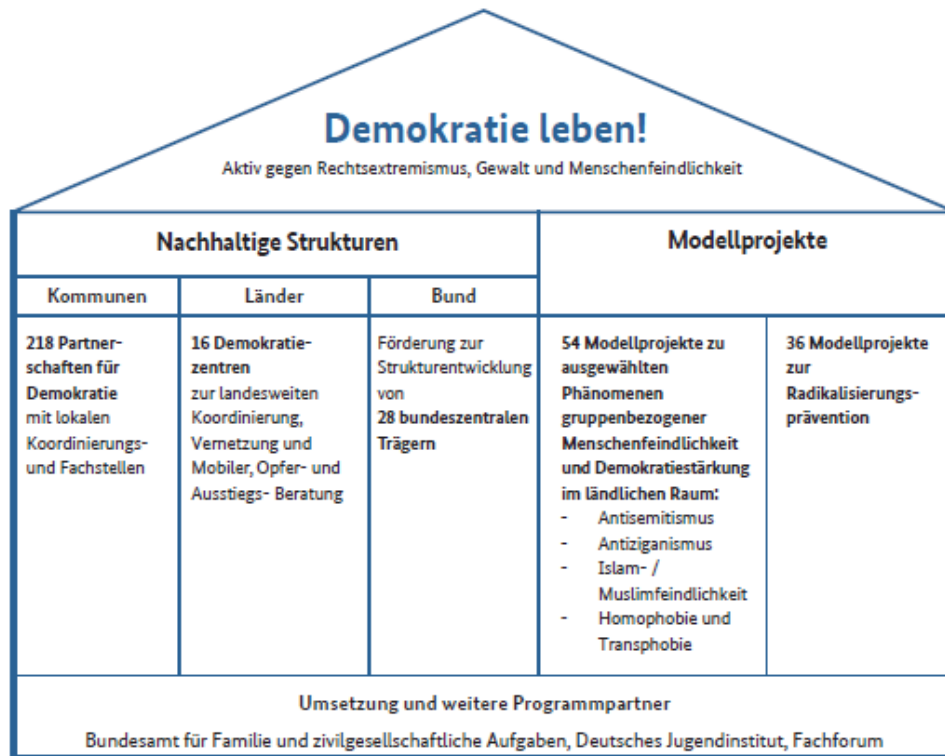
## Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“

Laufzeit 2015 - 2019



Das Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend will ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf der kommunalen, regionalen und überregionalen Ebene fördern. Es werden Vereine, Projekte und Initiativen unterstützt, die sich der Förderung von Demokratie und Vielfalt widmen und insbesondere gegen Rechtsextremismus und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus und Antisemitismus arbeiten. Darüber hinaus können auch andere Formen von Demokratie- und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, von politisierter oder vorgeblich politisch bzw. vorgeblich religiös legitimierter Gewalt, von Hass und politischer Radikalisierung Gegenstand präventiver Arbeit und damit Gegenstand der Förderung durch das Bundesprogramm sein.

Das Bundesprogramm gliedert sich in folgende inhaltliche Förderbereiche:



Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite des Bundesprogramms  
[www.demokratie-leben.de](http://www.demokratie-leben.de)

© Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die bundesweiten **Partnerschaften für Demokratie** setzen das Bundesprogramm auf lokaler Ebene um, indem sie Initiativen und Projekte fördern und begleiten, die sich für ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und Vielfalt in der Gesellschaft einsetzen.

### Fördermöglichkeiten im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie

Der **Aktions- und Initiativfonds** ist mit 20.000 Euro ausgestattet und gilt der Förderung von (Mikro-) Projekten und Maßnahmen, die auf ein tolerantes und demokratisches Miteinander hinwirken und sich gegen menschenverachtende Einstellungen und Handlungsweisen richten. Seine Ziele sind

- eine Sensibilisierung für rechtsextreme, antisemitische oder rassistische Aktivitäten,
- die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Zusammenlebens,
- die Stärkung der Selbstorganisation und Selbsthilfe.

Für den Fördertopf **Willkommenskultur** standen im Jahr 2015 10.000 Euro zur Verfügung. Es wurden engagierte Ehrenamtliche und Einzelmaßnahmen gefördert, die sich für eine

Willkommenskultur für Geflüchtete und Asylsuchende einsetzen. Hier ging es darum, rechtspopulistischen und rechtsextremen Mobilisierungen gegen die Unterbringung von geflüchteten Menschen wirksam zu begegnen.

Das dritte Förderungsfeld war im Jahr 2015 der **gewaltorientierte Islamismus und Salafismus**. Hierfür waren ebenfalls 10.000 Euro im Topf. Gefördert wurden Maßnahmen, die sich im Bereich Islamismus und Salafismus für eine extremismusfreie Gesellschaft einsetzen.

Die Auswahl der zu fördernden Projekte unterliegt dem **Begleitausschuss**. Er setzt sich aus zivilgesellschaftliche Handlungsträger\*innen und Vertreter\*innen aus relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung Frankfurts zusammen. Seine Kernaufgabe liegt in der Ausarbeitung und Lenkung der lokalen Gesamtstrategie.

Der Ausschuss teilt sich in stimmberechtigte und beratende Mitglieder. Für sie gilt:

- Stimmberechtigte:
  - o 14 Personen → pro Mitglied 1 Stimme
  - o bei 50% beschlussfähig, einfaches Mehrheitsprinzip
  - o werden von der Fach- und Koordinierungsstelle berufen
- Beratende:
  - o Koordinierungs- und Fachstelle
  - o Möglichkeit der externen fachlichen Unterstützung

### **Aufgaben und Ziele des Begleitausschusses**

Der Begleitausschuss soll das Begleitprogramm „*Demokratie Leben!*“ umsetzen. In diesem Rahmen geht es darum, die Eckpunkte einer Gesamtstrategie festzulegen, ein Verfahren zur Auswahl von Projekten zu erarbeiten und um deren bedarfsgerechte Initiierung. Außerdem soll er auf Grundlage der lokalen Gesamtstrategie die Projekte fachlich begleiten und sich an der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesprogramms „*Demokratie Leben!*“ und der lokalen Partnerschaft für Demokratie beteiligen. Zudem berät der Ausschuss die Koordinierungs- und Fachstelle sowie das federführende Amt. Er tritt anlassbezogen und mindestens zwei Mal pro Geschäftsjahr zusammen.

### **Koordinierungs- und Fachstelle**

Die Aufgabenfelder der Koordinierungs- und Fachstelle sind wie folgt: Sie ist die Erstansprechpartnerin bei Problemlagen und übernimmt die inhaltlich-fachliche Begleitung der Antragsstellung. Auch bei der Umsetzung von Einzelmaßnahmen berät sie inhaltlich und fachlich, ebenso wie bei der Erstellung des Sach- und Finanzberichts. Sie koordiniert die Arbeit des Begleitausschusses und ist für die Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms

und der Pfd zuständig. Zudem soll sie eine Vernetzung zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung gewährleisten.

### **Bisherige Strategierichtung**

Wie in weiten Teilen Deutschlands lassen sich in Frankfurt besorgniserregende Tendenzen beobachten: In Verbindung mit der Verbreitung rechtsradikalen und rechtspopulistischen Gedankenguts gibt es einen klaren Anstieg von Anfeindungen gegen Muslim\*innen. Auch gegen Gruppen von Zuwander\*innen richtet sich der erstarkende Rechtsradikalismus. Dazu kommen eine Verstärkung des Islamismus und Salafismus in Frankfurt, aber auch des Antisemitismus und Antiziganismus.

Gegen diese Entwicklungen soll mit konkreten Schritten der Vernetzung, der Bildungsarbeit und der Stärkung von Aktiven vorgegangen werden, in Stadtteilen ebenso wie in Jugendeinrichtungen. Es geht darum, statt bekannter Kerngeschäfte innovative Ideen einzubringen, Parallelstrukturen zu vermeiden und stattdessen Vernetzung zu forcieren. Durch kleine Antragssummen soll vielen stadtgesellschaftlichen Initiativen die Partizipation ermöglicht werden, dabei steht noch zur Debatte, inwieweit Stadtteilbezüge eine Rolle spielen sollen.

Wie kann also eine Partnerschaft für Demokratie für Frankfurt einen Mehrwert schaffen? Welche Ziele soll sie hier verfolgen? Eine weitere Leitfrage bleibt, wie eine Vernetzung der Partner\*innen aussehen kann. Dabei kann auf die besonderen Problem- und Bedarfslagen der Stadt eingegangen werden, es können die Vor- und Nachteile von Stadtteilbezug bzw. Zielgruppenbezug diskutiert werden und die Gegenüberstellung von großen und kleinen Träger\*innen. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen wurde im Rahmen der ersten Demokratiekonferenz erörtert.

### **Ergebnisprotokoll der ersten Demokratiekonferenz:**

In drei Arbeitsgruppen wurde über Bedarfslagen in Frankfurt und über Ideen für die Arbeit der Partnerschaft für Demokratie gesprochen. Die **erste Gruppe** beschäftigte sich zu Beginn mit den sogenannten Ismen, die im Frankfurter Kontext als großes Problem gesehen werden. Hier ging es um die Schwierigkeit für Lehrkräfte und um die Frage, wie man mithilfe von Gegennarrativen in die Zivilgesellschaft wirken könnte. Zudem beriet die Gruppe über Auswahlkriterien für zu fördernde Programme, hier wurden mehrere Punkte genannt. Initiativen, die schulische und außerschulische Verantwortung übernehmen, stehen im Vordergrund des Interesses, immer gepaart mit dem Grundsatz der Freiwilligkeit einer Teilnahme. Zudem wurde ein partizipativer Anspruch als Kriterium angesprochen, ebenso wie die Betonung von Hilfe zur Selbsthilfe, bzw. die direkte Selbstorganisation als Ideal. Dementsprechend gelten auch migrantische Projekte und solche, die eine Vernetzung kleiner (Kultur)Vereine fördern, als unterstützenswert. Zur Diskussion steht weiterhin die Frage, ob in den

Programmen ein Stadtteilbezug gegeben sein muss. Die Partnerschaft für Demokratie steht hier als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Abschließend wurde in der Gruppe über Ziele der Konferenz gesprochen. Nachhaltigkeit wurde als ein bestimmendes Merkmal der Kooperation bestimmt, ebenso die Stärkung von Partizipation nach innen und außen und die Möglichkeit der Begegnung, des Kennenlernens und Reflektierens der eigenen Rolle.

Die **zweite Gruppe** beriet zunächst über die Ziele des Programms. Hier wurde als erster Punkt genannt, bestehende Projekte zu unterstützen und sich an dem zu orientieren, was bereits erfolgreich in die Praxis umgesetzt ist. Unterstützung soll demnach nicht nur finanzieller Natur sein, sondern auch durch Vernetzung untereinander geschehen. Als zweites Ziel wurde auch in dieser Gruppe die Förderung migrantischer Selbstorganisation genannt. Kriterien sind hier die Begegnung auf Augenhöhe, die Existenz auch nicht niedrigschwelliger Angebote, die Entlastung von Ehrenamtlichen und ein inklusiver Anspruch, z.B. im Sinne eines Angebots für queere Migrant\*innen. Das dritte Ziel soll die Sensibilisierung von Multiplikator\*innen sein, beispielsweise von Lehrkräfte und Polizist\*innen. Dadurch soll Diskriminierung auf der Ebene alltäglicher beruflicher Auseinandersetzung begegnet werden. Zugleich soll auch die ehrenamtliche Ebene in den Vordergrund gerückt werden.

Eine **dritte Gruppe** legte für das Programm die Themen Flucht und Asyl, Islamophobie und Salafismus fest. Sie beriet zur Frage eines stärkeren Medienbezugs und benannte in diesem Zusammenhang einen Aufklärungsbedarf. Als konkrete Leitlinien und Ideen für die Projekte wurde genannt, unabhängig von Schulen zu arbeiten, gesellschaftliche Anfeindungen aufzugreifen, Erlebtes und Einflüsse mit Kindern und Jugendlichen zu bearbeiten, Gegenbilder zu Alltagsrassismus zu finden und die psychologische Betreuung von Menschen, die mit Geflüchteten arbeiten. Im Zusammenhang mit der problematischen Situation minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge wurde genannt, Projekte an die kurzfristige Unterbringung anzupassen und werden zu lassen. Methodisch soll die Arbeit aktiv und präventiv stattfinden und es soll die individuelle Förderung im Vordergrund stehen. Wie in der ersten Gruppe wurde auch hier über die Frage des Stadtteilbezugs gesprochen. Man war sich einig, dass dieser nicht zwingend gegeben sein müsse. Auch die dritte Gruppe diskutierte das Thema Öffentlichkeitsarbeit und nannte in diesem Zusammenhang wiederum die Vernetzung der Teilnehmenden als wichtigen Punkt. Auch hier wurde die PFD als Plattform festgehalten, durch die diese Arbeit realisiert werden kann.

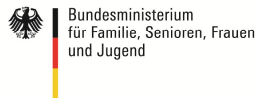
Als Ergebnisse der Diskussionen lassen sich einige Leitlinien für die zukünftige Arbeit festhalten. **Vernetzung** der Teilnehmenden und Vernetzung innerhalb der Projekte wurde als entscheidendes Instrument benannt. Ebenso die **Nachhaltigkeit** der zu fördernden Programme, die außerdem nach Möglichkeit einen **partizipativen Anspruch** mitbringen sollen. In diesem Zusammenhang steht auch der besondere Mehrwert von **Selbstorganisationen**, innerhalb derer sich **Gegennarrative** zu gesellschaftlichen Selbstverständlichkeiten bilden können. Die Arbeit der Projekte soll zudem

**unabhängig von Schulen** möglich sein und auch solche Projekte umfassen, die **nicht als niedrigschwellig** gelten.

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit und blicken gespannt auf tolle Projekte für Frankfurt im nächsten Jahr!

### *In Kooperation mit*

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

